

Privatschulen dürfen leise hoffen

Aargau Grosser Rat diskutiert wenigstens über Finanzhilfe im begründeten Einzelfall

Der grosse Durchbruch für die Aargauer Privatschulen war es nicht. Aber immerhin: Ganz verschliesst sich die Politik den Anliegen nicht.

BALZ BRUDER

Eine Interessengemeinschaft Privatschulen war vor der parlamentarischen Debatte über die staatliche Unterstützung von nichtstaatlichen Schulen ins Leben gerufen wor-

den. Und den Weg in den Parlamentsaal mussten sich die Grossrätinnen und Grossräte durch ein veritables Privatschulorchester bahnen, das gleichsam zum politischen Tanz aufspielte. Doch am Ende blieb die einigermassen ernüchternde Erkenntnis: Die Aargauer Politik ästimiert und respektiert zwar, was die 14 Privatschulen im Volksschulbereich leisten (und was sie dem Staat durch ihre Angebote abnehmen) – auf regelmässige finanzielle Unterstützung dürfen sie aber weiterhin nicht hoffen.

Dabei hätte es für die Privatschulen noch schlimmer kommen können: Von bürgerlicher Seite wurden Nichteintretensanträge eingebracht, die schon die Diskussion über Finanzierungs- und Leitsätze verhindern wollten. Eine Diskussionsverweigerung, der sich das Parlament verschloss. Es nahm nicht nur vom regierungsrätlichen Gesamtbericht Kenntnis, sondern segnete auch die Leitsätze ab. Mit Blick auf die Finanzierung bedeutet dies: Zwar sind angesichts der Situation der Staatskasse regelmässige Zahlungen an Privat-

schulen kein Thema. Unter bestimmten Bedingungen kann der Kanton allerdings Beiträge sprechen – vor allem in jenen Fällen, bei denen Privatschulen Aufgaben übernehmen, welche die staatliche Volksschule für gewisse Schülerinnen und Schüler nicht leisten kann. Er kann aber auch Starthilfe für Institutionen leisten, an denen ein erhebliches Interesse des Kantons besteht – zum Beispiel für eine internationale Schule. Oder er kann Investitionskosten ausrichten an Privatschulen, die eine Oberstufe führen. **Seite 23**